

# Der Gesellschafter

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage  
„Unser Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage  
„Feierstunden“

Schließung, Druck und Verlag von W. M. Balle (Karl Balle) Nagold.

Nr. 203

Begründet 1826.

Freitag den 29. August 1924

Preis pro Nr. 20.

98. Jahrgang

### Tagesverlauf

Die Hauptabstimmung im Reichstag wurde auf Freitag verschoben.

Die Arbeitsminister von Dr. Kaas, Dr. Lind, Dr. Frank und Böglgen treffen laut „Mittag“ am 8. September in Genf zusammen, um über das Washingtoner Abkommen betreffs des achtfünftägigen Arbeitstages sich zu verständigen.

In einer Rede in Fortres (Schottland) sagte Mac Donald, England könne nicht allein abstrahieren. Wenn auf der Völkerbundversammlung in Genf über die Abstraktion verhandelt werde, so müsse eine gemeinsame Zustimmung erfolgen. Er wolle dafür eintreten.

Lord Carmichael wird nach dem „Daily Telegraph“ auf der Völkerbundversammlung beantragen, daß die Zahl der Mitglieder des Völkerbundesrats von 10 auf 16 erhöht werde, um sich Deutschland und Rußland je einen Sitz zu schaffen.

Die Mörder Matkoffski sollen der römischen „Epoca“ zufolge ein Geständnis abgelegt haben.

Der indische gesetzgebende Rat hat alle Ministergeschäfte abgelehnt. Der Rat wurde darauf verurteilt. Die Minister sollen das Entlassungsgesuch ein. Der britische Generalgouverneur übernimmt die Amtsgeschäfte.

### Deutscher Reichstag Neue Störungen

Berlin, 27. August.

Präsident Wallat eröffnet die neue Sitzung. Er erteilt dem Abg. Gröbe einen Ordnungsruf wegen eines beleidigenden Zurufs an den Abg. Brodau in der vorigen Präsidentsitzung. Die Präsidentsitzung habe noch vollständig geklärt werden können, aber zunächst seien als Angreifer die kommunistischen Abgeordneten Epstein, Grube und Redermeyer festzustellen. Diese drei Abgeordneten werden von der Sitzung ausgeschlossen und aufgefordert, den Saal sofort zu verlassen. Sie verlassen den Saal nicht. Die Sitzung wird auf 5 Minuten unterbrochen.

Um 6.10 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Präsident stellt fest, daß die drei Abgeordneten noch anwesend sind. Nach der Geschäftsordnung sind sie dadurch auf 8 Sitzungstage ausgeschlossen. Trotz Aufforderung verlassen die drei Abgeordneten den Saal nicht. Wegen der Störung werden sie nun auf 20 Tage ausgeschlossen. Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß weiterer Widerstand Hausfriedensbruch bedeute und ein Widerstand gegen die Vollzugsbeamten Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Abgeordneten, die auf irrtümlicher Tat betreten werden, gehen der persönlichen Abgeordnetenfreiheit verlustig. Der Präsident ordnet die Räumung der Publikumstribünen an und ermahnt die Abgeordneten und Zeilungsbeobachter, den Saal zu verlassen. Er selbst verläßt den Saal, worauf die Sitzung aufgehoben ist. Die ausgeschlossenen Abgeordneten werden von Vollzugsbeamten aufgefordert, den Saal zu verlassen, und sie gehen. Die übrigen Kommunisten bleiben im Saal und singen das Revolutionslied.

### Die Dawesgehalte in 2. Lesung angenommen

Die Sitzung wird um 6.30 Uhr wieder eröffnet von Präsident Wallat. Abg. Rog ruft mit den Kommunisten: „Nieder mit dem Volksparlament!“ Der Präsident weist, daß die letzten vorgeschlagenen Ausschließungen von Abgeordneten die letzte sein möge.

Darauf übertritt man zu den Abstimmungen in 2. Lesung. Das Mantelgesetz wird mit 248 gegen 171 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten.

Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) erklärt, seine Fraktion werde bei allen Anträgen und Entschlüssen sich der Abstimmung enthalten, da sie nur den Deutschnationalen eine Brückbahn stellen.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, seine Partei werde alle Anträge und Entschlüsse ablehnen, da sie den Deutschnationalen die Möglichkeit der Zustimmung geben sollen.

Das Privatnotendankgesetz und die übrigen Sonstige werden angenommen.

Das Subventionsgesetz wird in momentaner Abstimmung mit 247 gegen 173 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Zum Aufbringungsantrag beantragt Abgeordneter Fried (Nat.-Soz.), daß Nebenbetriebe landwirtschaftlicher Betriebe in der Industrie und gewerblichen Betrieben abgebaut werden sollen durch die Industrieversicherungsanstalt. Der Antrag wird von der Mehrheit der Regierungsparteien und den Deutschnationalen angenommen, desgleichen ein weiterer Antrag, daß öffentliche Sparkassen als Betriebsbetriebe gelten, wenn sie nicht auf eigenem Spartenbetriebe beruhen.

Das Aufbringungsantrag wird angenommen. Beim Eisenbahngesetz gibt Abg. Bredt (Wirt.-Soz.) seinen Antrag kund, daß dieses Gesetz keine Verfassungsverletzung sein solle.

Das Reichsbahngesetz wird in momentaner Abstimmung mit 248 gegen 174 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Die Zweidrittelmehrheit ist erst bei der 3. Lesung erforderlich.

Genauso wird das Reichsbahnvertragsgesetz angenommen.

Bei Beratung über das Mantelgesetz erklärte Abg. Schulz-Brönberg (Deutschnat.), daß seine Fraktion bei Abänderungsanträgen vorbehalte, falls der vorkommliche Antrag, der eine Räumung der besetzten Gebiete erheblich vor dem 15. August 1925 fordert, angenommen wird. Der vorkommliche Antrag wird mit den Stimmen der Antragsteller, des Zentrums und der Deutschnationalen angenommen, ebenso der Antrag von Kommer (D.D.P.) monoch die Gutachtengehalte außer Kraft treten, falls die Anleihe nicht zustande kommt.

Die Demokraten stimmen gegen die Anträge.

In der Gesamtabstimmung wird dann das Mantelgesetz erledigt. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 10 Uhr vormittags.

Damit sind die Abstimmungen zur 2. Lesung der Dawesgehalte mit 248 gegen 175 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

### Die dritte Lesung der Dawes-Gesetze

Berlin, 28. August.

Von der deutschnationalen Fraktion sind zum Reichstag eine Entschließung und Anträge eingebracht. In der Entschließung wird gefordert, daß die Reichsregierung unbeschadet ihrer Verpflichtungen alsbald durch weitere Verhandlungen seine Herabsetzung der im Dawesplan vorgesehene Belastung erwirkt, spätestens binnen zwei Jahren.

Von dem im Reichstag vertretenen Recht Deutschlands, eine Nachprüfung seiner Leistungsfähigkeit zu verlangen, soll Gebrauch gemacht und darauf geachtet werden, daß eine feste Grenze für die gesamten künftigen Leistungen vereinbart wird.

In dem Abänderungsantrag zum Mantelgesetz wird die Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete bis zum 10. Januar 1925 als Voraussetzung für das Inkrafttreten des Abkommens erklärt. Die Auslegung des Abkommens soll der Vereinbarung mit Deutschland vorbehalten bleiben und einem Schiedsgericht unterstellt werden.

Das Abkommen soll ferner nicht in Kraft treten, solange nicht die Reichsregierung in einer amtlichen Erklärung an die Verbündeten das Schuldbekenntnis förmlich widerrufen hat.

Abg. Duag (Deutschnat.) Die deutschnationalen Fraktion geht mit dem Gefühl dieser Enttäuschung. Minister Stresemann spreche immer vom Ausland. Er dürfe aber doch nicht vergessen, daß er nicht nur im Ausland, sondern auch im deutschen Inland gehört werde. Der ganze Dawes-Kauf sei von vornherein etwas Verfehltes gewesen und er habe schlimme Folgen haben müssen. Der Anfang der Räumung sei ganz ungewiß, neuerdings heiße es: nach dem 15. Oktober. (Hört, hört!) Der Kampf gehe um den deutschen Charakter des Rheinlands. Es sehe beinahe so aus, als ob im Rheinland geboren sei. Der Rhein ist unser aller Rhein und er ist den andern Deutschen genau das, was er den Rheinländern ist. Es widerspreche den Deutschnationalen, daß man die wichtigsten Interessen der ganzen deutschen Wirtschaft allein davon abhängig mache, daß das Rheinland früher geräumt werde. Was der deutschen Gesamtwirtschaft recht ist, sollte dem Rheinland wohl billig sein. Alles, was uns teuer sei, habe im Londoner Abkommen keine Bindung erfahren. Ungeheuer sei die Verbitterung über die sogenannte „Wannsee“-Anleihe. Daß die Hochverräter Straßes bleiben sollen, sei eine Schmach für Deutschland. Das besetzte Gebiet erscheine so nicht mehr als deutsches Land, sondern als neutrales. Es sei bezeichnend, so oft die Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei die nationalen Forderungen durchsetzen wollen, vereinigen sich Demokraten und Sozialdemokraten, um es zu verhindern. Man glaube dem Ausland gegenüber am härtesten zu sein, wenn man die nationale Opposition in Rede und den nationalen Gedanken erstickt. Daraus entwickelte sich das, was die Deutschnationalen mit Recht die „Dawes-Propaganda“ nennen. Auch die Wirtschaft sei der Auffassung, daß wir hier unter Druck und Zwang stehen. Die Landwirtschaft vermisst das Gutachten und die Industrie ist der Meinung, daß die Opfer unendlich sind. Der Regierung sei der Vorwurf zu machen, daß sie als „Veg der deutschen Interessen“ ausfahren lasse, was gegen die Industrie als untragbar erklärt. Man lege nicht nur Reichstagsanträge, sondern auch die Präsidentenwahl. Glauben Sie nicht, daß Sie den nationalen Gedanken niederdrücken können.

Abg. Sellmann (Soz.) bezeichnet die Gesetze als Folge des verlorenen Krieges. Die Deutschnationalen haben ihr wahres Gesicht gezeigt. Das hat heute auch nicht vor dem kommunistischen Maslow. Wenn in den nächsten 24 Stunden die Gegner der Gesetze nicht zur Besinnung kommen dann muß der Reichstag aufgelöst werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erinnert an die hundertjährige Lage der deutschen Wirtschaft vor der Aufhebung des Dawesplans. Damals sei auch die Sozialdemokratie der Meinung gewesen, daß man mit der alten Arbeitszeit die Wirtschaft nicht wieder aufrichten könne. Die jetzige Arbeitsverordnung sei allerdings auch nicht ideal und werde geändert werden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann: Noch immer habe in Frankreich eine große Macht hinter Poincaré. Von den habe nicht im Geiste des Poincarismus gestanden. Es bestehe aber die Gefahr, daß dieser Geist wieder in Europa verbreite, wenn durch Deutschlands Schuld die Verhandlungen scheitern. Ein Kompromiß, wie es in London geschah, würde nicht alle Teile befriedigen. Die Annahme des deutschnationalen Antrags, der innerhalb zweier Jahre eine Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit fordert, wäre politisch unklar, denn die Bestimmungen des Londoner Abkommens seien günstiger für uns. Alle Völker werden sich aus der Durchführung des Londoner Vertrages Erfahrungen sammeln und wenn überall die Vermutung herrsche, dann würden die Vertragsbestimmungen leicht geändert werden. Dieselben Kreise, die immer noch Führern rufen, dürfen der Regierung doch keinen Vorwurf daraus machen, daß sie in dieser hochwichtigen Frage von sich aus das Volk über den Inhalt des Dawesgutachtens aufkläre. Der Minister weist die Behauptung zurück, daß im Vorhinein das Reichskabinett an eine Fortsetzung des Rheinlands gedacht habe. Der Weg von Versailles bis London habe eine feste Richtung der Einstellung der Welt zu Deutschland gebracht. Wenn wir den Weg in eine bessere Zukunft geben wollen, dann dürfen wir uns nicht weigern, den Boden des Londoner Vertrags zu betreten.

Reichsfinanzminister Dr. Luther stellt nochmals fest, daß wir selbstverständlich nur durch die Rat genehmigen können, das Abkommen anzunehmen. Die Kontrolle unserer Einnahmen sei am schwersten zu ertragen.

Die Abg. Dr. Wamm (Deutschnat.) und Maria (K.) verlangen die Entscheidung vor der Abstimmung über den Londoner Vertrag.

Abg. Dr. Zapf (D. Sp.) verliest eine Erklärung der Deutschen Volkspartei, wonach diese den Anträgen der Deutschnationalen nicht zustimmen könne, weil sonst neue Verhandlungen erforderlich wären.

Abg. Theobald (Soz.) fordert klärende Aufklärung des Reichstags. Vor dem Reichstag bilden bereits die Reußen Später, um dem Begräbnis beizuwohnen.

### Neue Nachrichten

#### Spannung im Reichstag

Berlin, 28. August. Wie die B. Z. meldet, ist die Spannung im Reichstag heute aufs höchste gestiegen. Man hofft, daß die entscheidende Abstimmung in dritter Lesung doch noch am Donnerstag trotz der Störungsversuche der Kommunisten durchgeführt werden kann. Die Volkspartei hofft, daß die Deutschnationalen die Zweidrittelmehrheit ermöglichen werden, und sie haben nochmals mit den Führern der Deutschnationalen verhandelt. Auf Wunsch der Regierung haben die Regierungsparteien den Antrag eingebracht, daß die Regierung bestimmen soll, wann das Gesetz in Kraft tritt. Dadurch erhalte die Regierung die Möglichkeit, das Schlussprotokoll der Londoner Konferenz am Samstag durch den Reichstag in London unterzeichnen zu lassen.

#### Die Stellung der Deutschnationalen

Berlin, 28. August. Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei berief gestern eine Besprechung sämtlicher Landes- und Provinzvorstände der Partei ein. Von den 42 Vertretern sprachen sich 39 gegen die Annahme der Dawesgehalte aus, zwei waren dafür, einer hielt die Zustimmung nur unter bestimmten Bedingungen für möglich. Die Vertreter der besetzten Gebiete sprachen sich am schärfsten gegen die Annahme aus. — Bei den letzten Reichstagswahlen hatten die Deutschnationalen nach dem Zentrum die höchste Stimmenzahl.

#### Zwei Lager

London, 28. August. Der Berliner Berichterstatter der „Times“ meldet: Die Behauptung des Dawesplans in England hat in Deutschland einen starken Widerhall gefunden. Die öffentliche Meinung Deutschlands hat sich in den letzten Tagen mehr und mehr gegen den Dawesplan gekehrt. Wenn es zu Neuwahlen kommen sollte, so ist es sehr unwahrscheinlich, ob die Reichsregierung die erhoffte Zweidrittelmehrheit bekommen würde. Die entgegengekehrte Richtung betrifft den Handelsvertrag mit Frankreich und den Ausschluß Englands.

#### Amerikanische Beratung

New York, 28. Aug. Auf Veranlassung Owen Young, des vorläufigen Generalagenten, hat der Direktor der Nationalbank in Los Angeles und Rufus Dames, der Bruder des Zehnjährigen, nach Europa abgereist, um bei der Einbringung des Dawesverfahrens beratend mitzuwirken.

Arbeitszeitgesetz in Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind hier am besten Erfolg.

Die Zeitungspreise sind im Vergleich mit dem Jahre 1923 um 10 Prozent gestiegen. Die Preise für den Einzelverkauf sind um 20 Prozent gestiegen. Die Preise für den Großverkauf sind um 10 Prozent gestiegen.

Telegraphische Adressen: Gesellschafter Nagold.

Postfachnummer: Stuttgart 5113.





